

Anzeigenpreise:
 Die achte Spalte 40 S.
 Inserate für auswärtig 50 S.
 Wohnungsanzeigen 20 S.
 Die dreispaltige
 Reklameweile 150 S.
 Bei Wiederholungen Rabatt.
 Inserate müssen zwei Tage vor
 Erscheinen der Zeitung in unsere
 Hände sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich
 mit Ausnahme der Sonn- und
 Feiertage.
Bezugspreise:
 In Danzig durch unsere
 Zweigstellen monatlich 2,00 M.
 vierteljährlich 6,00 M.
 Durch d. Post bez. außerd.
 Zustellgebühr monatlich 14 S.
 Einzelnummern 15 S.
 Postfachkonto Danzig 2046.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion: Spenndhaus 6 :: Telephon 720
Publications-Organ der Freien Gewerkschaften
Expedition: Spenndhaus 6 :: Paradiesgasse 32
 Telephon 3290

Nr. 208 | **Montag, den 8. September 1919** | **10. Jahrgang**

Die Furcht des Siegers.

Die Debatte, die jetzt in der französischen Kammer über die Ratifizierung des Friedens von Versailles geführt werden, eröffnen uns einen tiefen Einblick in die Seele des französischen Volkes und in die Hintergründe des uns diktierten Gewaltfriedens. Man kann es als gemeinsames Kennzeichen aller in Paris gehaltenen Reden betrachten, daß von Freude und Genugtuung über den errungenen Sieg nicht das Allgeringste zu spüren ist. Desto energischer drängt sich die Sorge um die Zukunft Frankreichs hervor an der Seite eines Nachbarn, der zwar in diesem Augenblick geschlagen ist und ohnmächtig am Boden liegt, der aber doch nicht so ohnmächtig gemacht worden ist, daß er nicht später einmal wieder die Kraft zu einem Vergeltungskriege aufbringen könnte. Wir erfahren, was uns nicht wundert, daß die französische Generallität auf die dauernde Befestigung des ganzen Rheinufers gedrungen hat, die Herren sind ja in allen Ländern die gleichen und sehen jeden Frieden nur unter der Perspektive des nächsten Krieges. Was soll man aber dazu sagen, wenn selbst ein Mann wie der Rechtssozialist Thomas sein Bedauern darüber ausspricht, daß die französische Note vom 25. Februar 1919, in der die dauernde Befestigung des Rheinufers als notwendige Sicherheit für Frankreich bezeichnet wurde, von den Verbündeten nicht beachtet worden ist. Thomas ist im weiteren Verlauf seiner Rede für eine, allerdings sehr temperierte, Versöhnungspolitik Deutschland gegenüber eingetreten, aber wie stellt er sich denn die Möglichkeit einer Versöhnung vor, wenn aus rein strategischen Gründen Millionen von Deutschen von ihrem Mutterlande gewalttätig losgerissen werden. Außerdem ist die uralte französische Rheintheorie wie jede rein militärische, von politischen Gesichtspunkten absehbare Theorie blanke Unfug. Deutschland würde auch am Rhein mit einem starken Verbündeten im Rücken gegen ein isoliertes Frankreich erfolgreich vorgehen können.

Die Geschichte lehrt doch deutlich genug, daß es Garantien für die dauernde Erhaltung des Siegersguts überhaupt nicht gibt, das lehrt die Geschichte Deutschlands wie die Geschichte Frankreichs, und rund und roh kann man sagen, daß jedesmal wenn Deutschland gesiegt hat, für das nächste Mal die Reihe an Frankreich ist, daß aber Frankreich, wenn es gesiegt hat, auch die beste Aussicht hat, das nächste Mal gesiegt zu werden. Die Geschichte lehrt auch, daß eine Politik, die auf möglichst dauernde Schwächung des Gegners hinarbeitet, immer noch mit einem Mißerfolg geendet hat. Durch die wahnwitzigen Annexionen, durch die gründlichste Zerstückelung Deutschlands, durch die Erdrosselung der gegenwärtigen Generation in der Schlinge grausamer Friedensbedingungen können sich die Franzosen auch nicht gegen Möglichkeiten schützen, die in dreißig Jahren eintreten könnten. Was aber durch eine solche Politik mit unsehbarer Sicherheit erreicht wird, das ist die Schädigung oder auf eine dauernde Versöhnung hinarbeitenden Strömungen, und die Begünstigung einer nationalistischen, reaktionär-patriotischen Agitation.

Soll es wahr sein, daß mit diesem Kriege eine gründlich und dauernde Umwälzung der Weltgeschichte eingetreten ist, soll dieser Krieg wirklich der letzte sein, der zwischen den großen Kulturnationen geführt worden ist, dann dürfen die Sieger in diesem Kriege keine Politik nach den schlimmsten Vorbildern der Vergangenheit treiben. Das französische Volk unterliegt nach immer den Folgen der Kriegspolypose wenn es glaubt, daß deutsche Volk sei auch nur um einen Grad kriegerischer gefimmt als das französische, und das durch die Geographie erzwungene Nebeneinanderleben mit ihm sei eine ständige Gefahr. Diese Gefahr ist von Natur in keiner Weise vorhanden. Sie wird nur künstlich erzeugt und herausgehoben durch eine Politik, die in Deutschland als eine Politik grausamer Demütigung empfunden werden muß, wenn sie auch nur von der blauen Furcht eines Siegers vor dem Besiegten diktiert sein mag. Gerade diese Furcht auf der anderen Seite wäre wohl geeignet, in Deutschland wieder ein gewisses Vertrauen zu sich selber hervorzurufen. Ein großes Volk gibt sich selber nicht auf, und das deutsche Volk hat selbst nach einem verlorenen Weltkrieg keinen Anlaß dazu.

Die französische Politik von heute kann die Ursachen sehen für das, was in dreißig Jahren oder später werden wird. Das sollte man in Paris bedenken. Die deutsche Politik kann es nicht. Sie kann nur in der Verteidigung den Versuch fortsetzen, trotz allem Unbill des Augenblicks eine Atmosphäre zwischen den beiden Völkern zu schaffen, die eine dauernde Versöhnung möglich macht. Aber die deutsche Politik von heute ist, wie gesagt, nichts weniger als allmächtig. Allmächtig sind nur die Herren in Paris, sie haben sogar die Macht, die Zukunft ihres eigenen Volkes zu verderben.

England voren.

Berlin, 7. Sept. (W. I. B.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die bereits angezeigte Konferenz mit den Vertretern der englischen Regierung wurde gestern am 6. September, 10 Uhr vormittags im

Römer Hof zu Köln eröffnet. Sie wurde englischerseits von General Hutchison, deutscherseits von Oberst Bauer geführt. Als bisheriges Ergebnis wird mitgeteilt, daß die englische Regierung mit eigenem Material voraussichtlich bis auf weiteres 3000 Gefangene täglich in Köln übergeben wird und wöchentlich mit eigenen Schiffen 3000 Mann nach Rotterdam — unter Voraussetzung des Einverständnisses der holländischen Regierung — führen will. Die weitere Steigerung der Heimkehr hängt davon ab, in welchem Umfange die deutsche Regierung in der Lage ist, rollendes Eisenbahnmateriale und Schiffsmateriale zu stellen. Das Ergebnis der hierzu noch notwendigen Erhebungen wird so schnell als möglich der englischen Wato-Köln übermittelt. Der Gang der Verhandlungen zeigte, daß die englische Regierung bereit ist, die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen nach Möglichkeit zu fördern. Bis einschließl. 5. September sind bisher in Köln 6000 deutsche Kriegsgefangene übernommen. Mit der Heimkehr der in französischer Hand befindlichen deutschen Kriegsgefangenen kann vor der Ratifikation durch Frankreich nicht gerechnet werden.

Der Leidensgefährte.

Wien, 6. Sept. (W. I. B.) Die deutschösterreichische Nationalversammlung nahm nach längerer Debatte des Hauptauschusses den Schlußantrag, wonach der Staatskanzler beauftragt wird, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, an. Der Auftrag an den Staatskanzler, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, wurde mit 97 gegen 23 Stimmen angenommen.

Wolff meldet dazu noch eingehend:

Wien, 6. Sept. In der deutschösterreichischen Nationalversammlung erstattete Staatskanzler Dr. Renner Bericht über den Verlauf und das Ergebnis von St. Germain, wobei der christlich-sozialen Abgeordnete Hauser namens des Hauptauschusses einen Schlußantrag vorlegte, demzufolge der Bericht des Staatskanzlers zur Kenntnis genommen und vor aller Welt dagegen protestiert wird, daß der Friedensvertrag von St. Germain unter dem Vorwande, die Unabhängigkeit Deutschösterreichs zu schützen, dem deutschösterreichischen Volke das Selbstbestimmungsrecht nimmt und ihm die Erfüllung seiner Herzenswünsche, die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem deutschen Mutterlande, verweigert. Die Nationalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß, sobald der Friede den Geist nationaler Geschäftigkeit und Feindschaft, den der Krieg hervorgerufen habe, überwunden haben wird, der Völkerverbund auch dem deutschen Volke das Recht der Einheit und Freiheit der Nation, das er allen anderen Völkern gewährt, nicht dauernd verweigern könne. Die Nationalversammlung protestiert ferner gegen die gewalttätige Verdrängung von 1½ Millionen Sudendeutschen und Abenddeutschen. Ferner wird protestiert gegen die Abtretung der Gebiete, die der Friedensvertrag von Deutschösterreich lösen will, und gegen die wirtschaftlichen Bedingungen, die als unerfüllbar bezeichnet werden. Die Nationalversammlung beugt sich der Zwangslage. „Wir erwarten“, heißt es schließlich, „daß die in der Antwort gegebenen Zusicherungen erfüllt werden. Die Nationalversammlung sieht in dem Völkerverbund eine Instanz, die berufen sein wird, auch unserer Republik ihr Recht dauernd zu sichern, und beauftragt den Staatskanzler, den Friedensvertrag zu unterzeichnen.“

Der Doppeladler wird gerufen.

Bern, 6. Sept. Das „Journal de Geneve“ verzeichnet eine Pariser Meldung, wonach die territoriale Kommission der Friedenskonferenz den Vorschlag gemacht hatte, Vorkarlern unter Vorbehalt der Verständigung zwischen der Schweiz und Oesterreich der Schweiz zuzuwenden. Der Vorschlag wurde vom Räte der fünf abgelehnt. Die Opposition ging in erster Linie von Italien aus, der sich England und Amerika anschlossen.

Die Liquidation des Krieges.

Paris, 6. Sept. (Havas.) Die Kammer lehnte am Freitag die Erörterung über den Friedensvertrag ab. Gedouze (Radikaler Sozialist) betonte die zwingende Notwendigkeit der finanziellen Solidarität der Verbündeten für die Liquidation nach dem Kriege zu bewerkstelligen. Er stellte fest, daß die Last aus dem Kriege ergebenden Lasten Deutschlands geringer seien, als die Frankreichs. Er erklärte unter einstimmiger Zustimmung der Kammer und Clemenceaus, daß Frankreich sich gegenwärtig in einer schlimmeren Lage befinde, da es alles geopfert habe und sich in die Notwendigkeit verkehrt sehe, anderen Nationen Tribut zu zahlen. Es sei die Pflicht des Völkerverbundes, Frankreich das Gleichgewicht des Weltverkehrs und die Sicherheit seiner Transporte zu verschaffen. Finanzminister Klotz verlas die Artikel des Friedensvertrags, die die Lasten für Pensionen und Wiedergutmachung Deutschland und seinen Verbünde-

ten aufbürden. Er schätzte die Gesamtausgaben der Kriegsausgaben auf etwa über 1000 Milliarden, von denen zweidrittel auf die Alliierten entfallen. Der von Frankreich zu zahlende Teil sei verhältnismäßig viel kleiner als der Englands und Amerikas. Frankreich erhielt die Bezahlung und Wiedergutmachung der Schäden in der Form von Wiederherstellung und Lieferung von Arbeitskraft. In der Goldentschädigung sei Belgien die Priorität zugestanden worden. Sodann zählte Klotz die durch den Friedensvertrag Deutschland übertragene Lasten auf, soweit sie sich auf Bezahlung in Waren, Schiffen, Kohlen usw. vor März 1921 beziehen. Diese würden vielleicht die durch den Friedensvertrag vorgesehenen 200 Milliarden übersteigen. Deutschland würde insgesamt 375 Milliarden zahlen und sich seiner Schulden in einem Zeitraum von 36 Jahren entledigen können. Die von Deutschland an Frankreich zu zahlende Totalsumme werde sich nach 36 Jahren auf 463 Milliarden belaufen. Wir werden, so erklärte Klotz, gegenüber Deutschland eine tatkraftige Politik führen. Immerhin werden wir ihm behilflich sein, seine Erzeugnisse zu entfalten, um ihm die Möglichkeit zu geben, seine Schulden abzutragen. Unter Beifall der Kammer erklärte Klotz, daß die Kraft des französischen Kredites fest stehe. Der Minister schloß mit dem Wunsche, daß die Kammer den Vertrag gutheißen möge.

Sonnenaufgang.

Haag, 6. Sept. Nach einem Telegramm des „Nieuwe Courant“ aus Washington setzte sich der Präsident der amerikanischen Steel Corporation für die sofortige Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland und Oesterreich ein, um die internationalen Handelsverhältnisse wieder in Ordnung zu bringen. Er sagte, die Vereinigten Staaten müßten den weniger glücklichen Ländern finanzielle Unterstützung bringen, um ihnen zu ermöglichen, ihre Produktion und Kraft wiederherzustellen. Amerika stehe vor den heftigsten kommerziellen Kämpfen, die die Geschichte kennt, die amerikanische Handelsflotte sei der besten Handelsflotte gleichwertig und zum Siege in diesem Kampfe notwendig. Der amerikanische Dollar muß als universelle Standardmünze für den Kurs anerkannt werden.

Die Entente-Kommission in Oberschlesien.

Beuthen, 7. Sept. (W. I. B.) Heute vormittag ist die interalliierte Militärmission an die deutsch-polnische Grenze gefahren. General Dupont beabsichtigte, sich nach Katowitz zu begeben und voraussichtlich heute nach Katowitz zurückzukehren. Die drei Generale Dupont, Malcolm und Bercevicz und der japanische Hauptmann Icho gedenkt Montagabend Oberschlesien zu verlassen. Die anderen Mitglieder der interalliierten Militärmission werden vorläufig noch weiter in Oberschlesien verbleiben.

Der Baltenskanal.

Berlin, 6. Sept. Die deutsche Regierung hat in der Frage der Räumung der baltischen Gebiete eine Note an die Entente gerichtet, worin sie ausführt: Die deutsche Regierung bedauere, daß die von ihr befohlene Räumung der baltischen Gebiete durch das gehorhamwidrige Verhalten der noch in Kurland stehenden deutschen Truppen ins Stocken geraten, sie sieht sich jedoch infolge der ihr von den Alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Beschränkungen außerstande, durch Anwendung militärischer Machtmittel den Gehorsam der Truppen zu erzwingen. Bei dieser Sachlage bleibe der deutschen Regierung nichts weiter übrig, als der Versuch, die Truppen durch Zureden zur Vernunft zu bringen. Lediglich zu diesem Zwecke ist auch General von der Goltz nach Mitau zurückgekehrt. Seine vorgesehnen Dienststellen werden ihn sofort nach Erreichung des erwähnten Zieltes zurückberufen. Bei der äußerst gereizten Stimmung der Truppen ist die Festlegung eines Räumungsplanes und insbesondere auch der Abtransport der Truppen zur See zurzeit noch ausgeschlossen.

Ueber den Bolschewismus.

In einer zweiten Konferenz der Berliner Parteifunktionäre der S. P. D. hielt gestern Genosse Professor Abramowitsch den zweiten Teil seines am Donnerstag voriger Woche begonnenen Vortrages „Der Bolschewismus in Rußland“. Er führte u. a. aus: Der Bolschewismus ist kein bloßes Programm, keine Geschichts- oder Lebensauffassung, sondern eine eigentümliche Methode des Denkens und Empfindens. Das Revoluzzerische und Putschistische in der Rinde verneigt sich nunmehr mit dem Marxismus in der Ideologie. Der letzte Kongreß der Sozialdemokratie in London, der die notwendige Spaltung der Partei in Bolschewik und Menschewik herbeiführte, legte den Grund zu dem Umsturz in Rußland. Nach dem Mißlingen des Dezemberputsches 1905 begann Lenin rein putschistisch zu wirken. Zugleich trat Trotski mit seiner Idee der permanenten Revolution hervor, die die Allmacht und revolutionäre Bildung

